

Wenn ein Staat die Zukunft einsperren will

Protest, Repression und die Krise der Legitimität
- eine soziologische Einordnung

VON BERNHARD J. HOFER

Der Iran erlebt seit Ende Dezember 2025 und insbesondere im Jänner 2026 eine neue Eskalationsstufe gesellschaftlicher Konflikte. Auslöser der jüngsten Protestwelle war – nach übereinstimmenden internationalen Berichten – die dramatische wirtschaftliche Zuspitzung, unter anderem im Kontext von Inflation, Währungsabwertung und wachsender Verarmung, die sich in vielen Städten in offenen Massenprotesten entlud. Die staatliche Reaktion folgte einem inzwischen vertrauten Muster: harte Repression, Massenverhaftungen, militärisch-polizeiliche Gewalt und digitale Isolation durch massive Internetbeschränkungen.

Soziologisch betrachtet ist jedoch entscheidend: Diese Proteste sind nicht bloß „wirtschaftlich“ oder „politisch“. Sie sind Ausdruck einer Legitimitätskrise, einer Erosion sozialer Bindekräfte und eines tiefen Konflikts zwischen Staat, religiös codierter Herrschaft und einer pluralisierten Gesellschaft, die sich nicht mehr in das ideologische Raster der Islamischen Republik einpassen lässt.

Ein Abend in Teheran – und die alte Frage: Wer hat hier eigentlich Angst?

Es ist Jänner 2026. In Teheran ist es kalt, und in vielen Straßen ist es stiller als sonst – nicht, weil die Menschen nichts mehr zu sagen hätten, sondern weil sie gelernt haben, was Stille bedeutet: Sie kann Angst sein. Oder Vorbereitung.

In den Tagen rund um die jüngsten Proteste – ausgelöst durch wirtschaftliche Not, aber sofort überhöht zu einer grundlegenden Systemfrage – berichten internationale Medien von massiver Gewalt, von Internetabschaltungen, von Verhaftungen, von Schüssen. Die Muster wiederholen sich, doch die Lage ist zugleich neu: Die Proteste wirken nicht mehr wie „ein weiterer Ausbruch“, sondern wie ein Symptom eines längerfristigen Bruchs. Als hätte sich ein Riss durch die Gesellschaft gezogen, den man nicht mehr klicken kann.

Ein Reuters-Bericht nennt eine Zahl, die allein schon wie ein Schock wirkt: Ein iranischer Regierungsvertreter spricht von mindestens 5.000 „verifizierten“ Todesfällen in Zusammenhang mit den Protesten. Die tatsächlichen Zahlen sind umstritten – doch soziologisch ist die Zahlenfrage fast zweitrangig: Entscheidend ist, dass Gewalt zur stabilisierenden Routine geworden ist. Nicht als Ausnahme – als Struktur. (Reuters, 2026a)

Von 1979 bis heute: Die Revolution, die zur Ordnung wurde

Um zu verstehen, warum Iran 2026 nicht zur Ruhe kommt, muss man zurück – nicht, weil 1979 alles erklärt, sondern weil es die Architektur des Konflikts sichtbar macht.

Die Islamische Revolution 1979 ist ein klassisches Beispiel dafür, wie heterogene Protestkoalitionen – säkulare Linke, liberale Kräfte, religiöse Gruppen und bazaarisierte Mi-

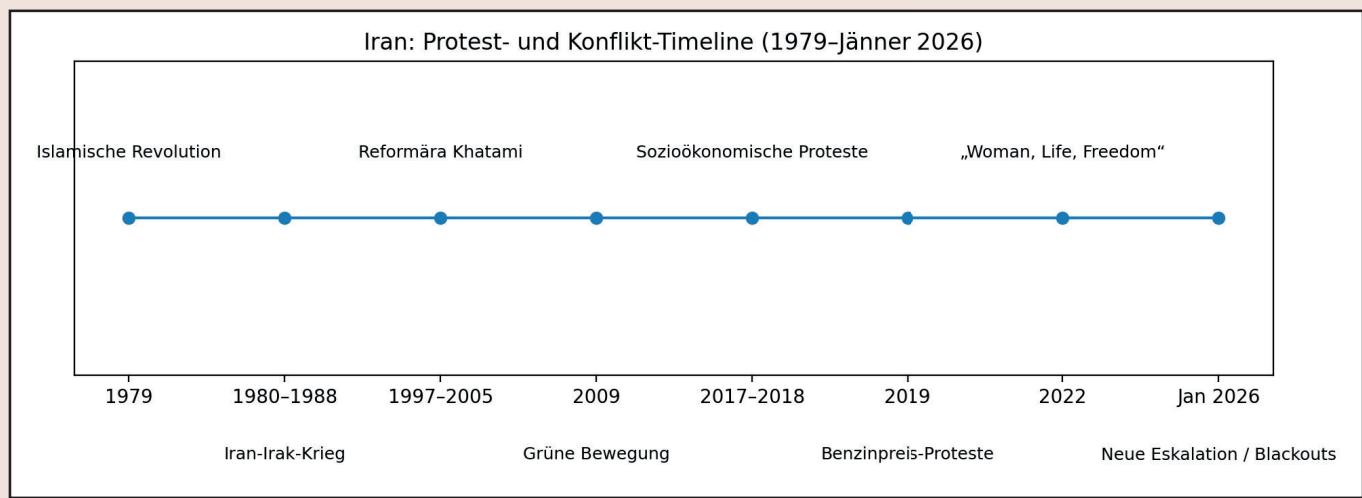
lieus – durch einen revolutionären Moment zusammengehalten und anschließend in einem hegemonialen Projekt neu geordnet werden. Unter Khomeini wurde die Revolution in ein theokratisches Staatsmodell überführt, in dem der „Oberste Rechtsgelehrte“ (Velayat-e faqih) als institutionalisierter Souverän fungiert. Damit entstand ein System, das Wahlen kennt, aber zugleich kontrolliert; Institutionen besitzt, aber zugleich filtert; Öffentlichkeit zulässt, aber zugleich überwacht.

Aus soziologischer Sicht ist das eine klassische Ausgangslage für eine langfristige Spannung: Eine Gesellschaft verändert sich – urbanisiert, bildet sich, pluralisiert ihre Lebensstile – aber das politische System bleibt in einem ideologischen Raster stecken. Kurz: Die Gesellschaft läuft dem Staat davon.

Im Laufe der Jahrzehnte zeigte sich ein typischer Mechanismus autoritärer Systeme: periodische Reformhoffnungen (z.B. unter Khatami), Enttäuschungszyklen und Protestwellen, die jeweils härter beantwortet wurden – 2009 („Grüne Bewegung“), 2017/18, 2019 und 2022 nach dem Tod von Jina Mahsa Amini. Jänner 2026 markiert nun eine neue Stufe: Der Konflikt ist zunehmend ein Systemkonflikt, nicht mehr bloß ein Streit über einzelne Reformen.

Die Proteste im Jänner 2026: Es geht nicht nur ums Brot
Natürlich: Wirtschaft ist ein Motor. Inflationsdruck, Währungsabwertung, Perspektivlosigkeit – das erzeugt Protestenergie. Aber es wäre zu kurz gegriffen, die jüngsten Ereignisse als „soziale Unruhen“ zu verstehen. Denn im Iran ist das Ökonomische längst politisch geworden – und das Politische längst kulturell.

Wenn Menschen auf die Straße gehen, geht es auch um Würde. Um Körper. Um Freiheit. Um das Recht, nicht ständig kontrolliert zu werden. Und dann kommt die Gewalt. Internationale Berichte schildern die Proteste als landesweit, intensiv und äußerst gewaltsam unterdrückt. Wäh-



rend Reuters von mindestens 5.000 „verifizierten“ Todesfällen spricht, Berichtete das Times Magazine jüngst von rund 30.000 Todesopfern innerhalb von zwei Tagen. Gleichzeitig deuten Zeugenaussagen darauf hin, dass nicht nur Protestierende, sondern auch Unbeteiligte Opfer wurden – ein Hinweis auf entgrenzte Gewaltlogik und ein verbreitetes Klima der Angst. Die Washington Post berichtete u.a. über die Stadt Rasht, wo ein Marktbrand, Fluchtbewegungen und Schüsse zu einem explosiven Gemisch wurden.

Besonders auffällig ist die digitale Repressionsstrategie. In der ersten Jännerhälfte 2026 kam es zu einem weitreichenden Internet-Blackout; nach Darstellung von Beobachtern ist diese digitale Abriegelung nicht nur ein kurzfristiges Instrument, sondern Teil einer längerfristigen Strategie der „digitalen Isolation“, die Protestorganisation erschweren und Bildmaterial aus dem Land verhindern soll. Dass sich selbst reformistische Stimmen aus dem Umfeld der Regierung kritisch zu Internetrestriktionen äußern, zeigt zudem: Auch innerhalb der Machtelite treten Spannungen zutage.

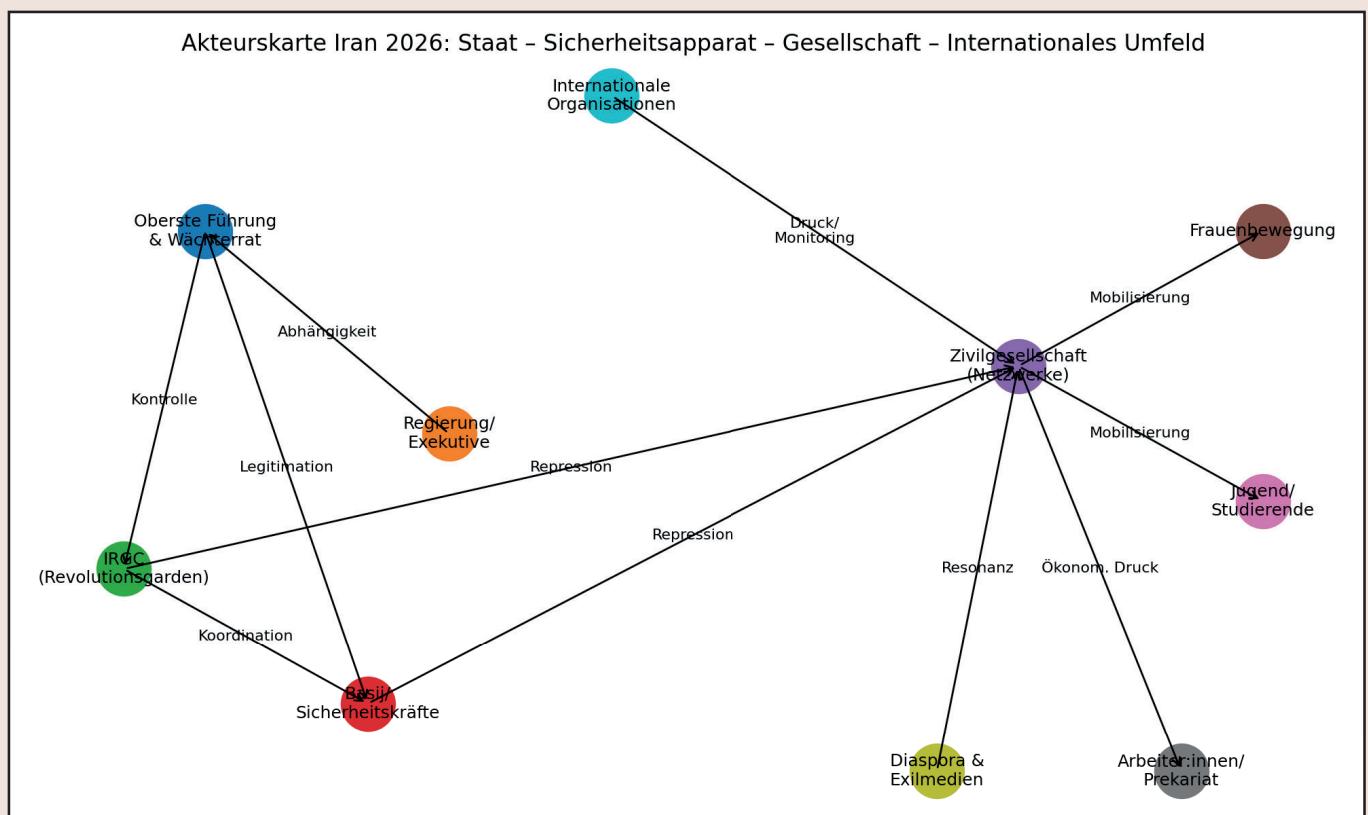
Der UN-Menschenrechtsrat reagierte am 23. Jänner 2026 mit einer Resolution, welche die bestehenden Untersuchungsmechanismen verlängert und ausdrücklich eine Untersuchung der Gewalt im Kontext der Proteste ab 28. Dezember 2025 fordert. Diese internationale Reaktion ist zwar politisch begrenzt, aber symbolisch bedeutsam: Sie

macht deutlich, dass die Ereignisse nicht als „innere Angelegenheit“ gerahmt werden können, sondern als strukturelles Menschenrechtsproblem. Somit kann die Islamische Republik die Ereignisse nicht mehr vollständig als innere Angelegenheit verharmlosen. Das „Weltpublikum“ ist trotz Internetabschaltungen Teil des Konflikts geworden.

Die neue Repression: Nicht nur Knüppel, sondern Blackout

Es gehört zu den bitteren Wahrheiten moderner Protestregime: Wer Kontrolle sichern will, muss nicht nur Körper kontrollieren, sondern auch Kommunikation. Darum hat das iranische System längst neben der Polizei eine zweite Gewalt aufgebaut: die digitale Repression.

Der Jänner 2026 war geprägt von massiven Internetrestriktionen und Blackouts. Das ist nicht einfach „Zensur“, sondern eine strategische Form sozialer Kontrolle: Proteste können nicht koordiniert werden, Bilder gelangen nicht nach außen, Angst wird verstärkt, solidarische Resonanz reduziert. Bemerkenswert: Selbst Stimmen aus dem Umfeld der Regierung mahnten öffentlich, dass ein Blackout Iran nicht schützt, sondern schwächt – wirtschaftlich wie politisch. Soziologisch gesprochen: Wenn ein System das Internet abschaltet, dann gesteht es unfreiwillig ein, dass es der eigenen Bevölkerung nicht mehr traut.



Wer protestiert? – Das neue „Wir“ der iranischen Gesellschaft

Eine der spannendsten Fragen ist nicht, dass protestiert wird, sondern wer protestiert. Die Protestkoalitionen im Iran sind keine homogene Masse. Sie bestehen aus:

- urbaner Jugend,
- Studierenden,
- prekärer Arbeiterschaft,
- Teilen der Mittelschicht,
- intellektuellen Milieus,
- und ganz zentral: Frauen als Trägerinnen einer gesellschaftlichen Modernisierung.

Vor allem Frauenproteste haben im Iran eine besondere soziologische Qualität. Sie betreffen nicht nur „Frauenrechte“. Sie greifen in den Kern der Herrschaft ein, weil sie zeigen: Der Staat beansprucht Zugriff auf den Körper, auf Kleidung, auf Moral. Wenn Frauen diesen Zugriff verweigern, wird das zur symbolischen Grenzüberschreitung, die andere Gruppen mitzieht. Die Frauenbewegung wird so zu einer Art Motor: Sie politisiert Alltag – und macht aus Alltag Systemfragen.

Warum das System wankt: Die Krise der Legitimität

Die Islamische Republik stützte sich historisch auf zwei starke Legitimationsquellen:

1. Revolutionäres Charisma (Befreiungsnarrativ von 1979)
2. religiös-traditionelle Autorität (Gelehrtenherrschaft)

Das Problem dabei ist, dass beide Quellen über Generationen hinweg ihre Kraft verloren haben. Wer heute 20 ist, erlebt 1979 nicht als Erinnerung, sondern als Geschichte. Und Geschichte legitimiert nicht automatisch – sie muss plausibel bleiben. Je stärker das System Gewalt nutzt, desto mehr zerstört es genau jene moralische Autorität, auf die es sich beruft.

Soziologische Deutung: Staat–Gesellschaft im Bruch

1) Legitimität: Von Zustimmung zu Zwang

Max Weber unterscheidet zwischen traditioneller, charismatischer und legal-rationaler Herrschaft. Für den Iran ist entscheidend: Die Islamische Republik beruht historisch stark auf religiös-traditioneller und revolutionär-charismatischer Legitimation. Doch Charisma „verbraucht“ sich. Die jüngere Generation erlebt 1979 nicht als Befreiung, son-

dern als historische Folie einer Ordnung, die ihr biografisch fremd ist. Wenn Legitimität sinkt, ersetzt der Staat Zustimmung durch Kontrolle – und Kontrolle durch Gewalt.

2) Generationaler Konflikt und neue Werte

Im Iran ist ein massiver Generationenbruch sichtbar: Urbanisierte Jugendliche, gebildete Frauen, prekäre Arbeitskräfte und Teile der Mittelschicht verfolgen andere Lebensentwürfe als das System vorsieht. Proteste sind damit nicht nur politisch, sondern auch kulturell: Körper, Kleidung, Öffentlichkeit und Sexualmoral werden zu symbolischen Kampfplätzen. 2022 war dies besonders sichtbar; 2026 wirkt wie ein erneuter Schub in einer langen Transformationsbewegung.

3) Frauenbewegung als Motor sozialer Modernisierung

Die Frauenbewegung fungiert im Iran nicht nur als „Teilbewegung“, sondern als gesellschaftlicher Modernisierungsakteur. Sie verbindet Alltagsfragen (Dresscodes, Bewegungsfreiheit, Beruf) mit Systemfragen (Rechtsordnung, Gewaltmonopol, Deutungshoheit). Soziologisch ist das bedeutsam: Frauenproteste haben eine hohe integrative Kraft, weil sie in private Lebenswelten hineinreichen und eine breite Solidarisierung ermöglichen.

Wie könnte der Konflikt nachhaltig gelöst werden?

Eine nachhaltige Konfliktlösung ist nur denkbar, wenn sowohl strukturelle Ursachen als auch Eskalationsmechanismen adressiert werden. Die folgenden fünf Szenarien erscheinen aus heutiger Sicht plausibel:

A) Systemsreform (innere Öffnung)

Ein realistisches Minimalziel wäre die schrittweise Entspannung: Lockerung der Sittenpolizei, Freilassung politischer Gefangener, institutionelle Beschränkung von Sicherheitsorganen, vorsichtige Medienöffnung. Der Chance wäre ein geringeres Bürgerkriegsrisiko und weniger Blutvergießen. Das Risiko besteht darin, dass das System Reformversuche in der Vergangenheit oft blockiert hat und damit das Vertrauen der Bevölkerung massiv beschädigt ist. Reformversprechen wird kaum mehr geglaubt.

B) Transition durch einen neuen Pakt

Nach Vorbild anderer Übergänge wäre ein „Vertrag“ zwischen Teilen des Regimes, Opposition und gesellschaftlichen Organisationen möglich – etwa über freie Wahlen, Amnestien und Verfassungsreform. Das hätte den Vorteil, dass einem möglichen Staatszerfall entgegengewirkt wird und ein geordneter Übergang erfolgen könnte. Damit es

aber so weit kommt, bräuchte es glaubwürdige Vermittler, was im Iran gegenwärtig schwer vorstellbar ist.

C) Zivilgesellschaftlicher Aufbau („Resilienzstrategie“)

Hier liegt der Fokus weniger auf schneller Systemänderung, sondern vermehrt auf einer langfristigen Stärkung von bspw. Gewerkschaften, Berufsverbänden, feministischen Netzwerken, lokalen Hilfsstrukturen, Bildungsarbeit, Exilmédien und digitaler Infrastruktur. Der Vorteil bestünde in einer Reduktion der Abhängigkeit von „revolutionären Momenten“; es könnte eine echte gesellschaftliche Substanz entstehen. Der Nachteil ist, dass dies relativ lange dauert und stark repressiv bekämpft würde.

D) Internationaler Rahmen

Internationale Akteure können über Menschenrechtsmechanismen Druck aufbauen, gleichzeitig aber humanitäre Kanäle offenhalten (z.B. Medikamente). Dies würde einerseits Schutz durch Sichtbarkeit und Dokumentation bedeuten, andererseits hätte es den Nachteil, dass Sanktionspolitik oft die Bevölkerung trifft und das Regime externe „Feinde“ als Mobilisierungsmittel nutzen könnte.

E) Übergangs- oder Katalysatorszenario

Ein weiteres, häufig diskutiertes – und gesellschaftlich stark polarisierendes – Szenario ist die Rolle des im Exil lebenden Schah-Sohnes Reza Pahlavi als mögliche Integrationsfigur eines post-islamischen Übergangs. Dieses Szenario zielt weniger auf eine tatsächliche monarchische Restauration im klassischen Sinne als auf eine symbolische Verdichtung oppositioneller Erwartungen. Soziologisch lässt sich Reza Pahlavi als „externe Charismafigur“ beschreiben: Er verfügt über einen bekannten Namen, internationale Sichtbarkeit, Medienzugang und eine gewisse historische Anschlussfähigkeit, insbesondere für ältere Generationen, Teile der Diaspora sowie



Kronprinz
Reza PAHLAVI

urbane Mittelschichten, die die Pahlavi-Zeit retrospektiv mit staatlicher Modernisierung, Säkularismus und geopolitischer Stabilität verbinden. In Protestkontexten kann ein solcher Akteur als Projektionsfläche dienen, die fragmentierte oppositionelle Milieus kurzfristig emotional bündelt. Gleichzeitig ist dieses Szenario mit erheblichen strukturellen Problemen behaftet.

Erstens fehlt Reza Pahlavi eine organisch verankerte Machtbasis im Inland – weder institutionell noch militärisch oder zivilgesellschaftlich.

Zweitens ist die Erinnerung an die autoritären Elemente des Schah-Regimes (Geheimpolizei SAVAK, politische Repression, soziale Ungleichheit) in breiten Teilen der Gesellschaft weiterhin präsent und verhindert eine konsensfähige Nostalgie.

Drittens birgt eine exilbasierte Führungsfigur stets das Risiko der Delegitimierung als „von außen gesteuert“, was das bestehende Regime propagandistisch effektiv nutzen kann.

In einem Übergangsszenario könnte Reza Pahlavi dennoch eine moderierende oder garantierende Rolle übernehmen – etwa als Fürsprecher für ein Referendum über die Staatsform, als internationaler Repräsentant einer Übergangsbewegung oder als symbolischer „Schirmherr“ eines verfassungsgebenden Prozesses. Entscheidend wäre dabei, dass seine Funktion strikt temporär, plebisztär legitimiert und institutionell begrenzt bleibt.

Der wahrscheinlichste Weg für Pahlavi, eine führende Rolle zu übernehmen, wäre kein direktes „Alleinherrschen“, sondern die Figur eines Übergangsführers im Fall eines tatsächlichen Zusammenbruchs des aktuellen Regimes. In diesem Szenario würden anhaltende und massive Proteste mit Generalstreiks, zivilem Ungehorsam und möglicherweise Teilen der Sicherheitskräfte dazu führen, dass das theokratische System zerbricht oder weitgehend delegitimiert wird. Pahlavi würde hier als Symbolfigur und Koordinator der Opposition auftreten und versuchen, sich als Legitimer einer Übergangsregierung zu etablieren. Voraussetzungen dafür sind eine massive, anhaltende Protestbewegung im Inland, eine breite Mobilisierung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, Überläufer aus Armee/Sicherheitsapparat und der Zusammenbruch des staatlichen Gewaltmonopols.

In einem solchen Fall könnte Pahlavi als Übergangs-Galionsfigur vorgeschlagen werden, um eine verfassungsgebende Versammlung, Vermittlungsprozesse oder Wahlen zu moderieren, weil er eine bekannte Identität und internationale Kontakte besitzt.

Fazit

Die Proteste im Jänner 2026 sind nicht nur ein weiteres Kapitel iranischer Unruhe, sondern auch ein soziologisches Lehrstück über moderne Herrschaft:

Eine Gesellschaft verändert sich schneller als ihre Institutionen. Eine junge Generation will Freiheit, Würde, Zukunft. Und ein Staat versucht, Zukunft einzusperren.

Doch Zukunft lässt sich nicht einsperren. Man kann Menschen schlagen. Man kann das Internet abschalten. Man kann Angst erzeugen. Aber man kann nicht dauerhaft verhindern, dass eine Gesellschaft fragt: „Warum eigentlich nicht anders?“ Und sobald diese Frage massenhaft gestellt wird, beginnt Herrschaft zu wanken - auch wenn sie noch so stark wirkt.

NACHTRAG:

Am 29. 1. 2026 haben die EU-Außenministerinnen und -minister neue Iran-Sanktionen gegen 15 Menschen und sechs Organisationen aus dem Iran beschlossen. Diese umfassen das Einfrieren von Vermögen in der EU sowie Einreise- und Finanzierungsverbote. Darüber hinaus soll die Liste von Gütern erweitert werden, die nicht mehr aus der EU in den

Iran ausgeführt werden dürfen. Die iranische Revolutionsgarde wird als Terrororganisation eingestuft.

Quellenangaben

Amnesty International. (2026, January 23). Iran: Behörden setzen massiv militarisierte Maßnahmen ein, um Massaker bei Protesten zu vertuschen. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/01/iran-authorities-unleash-heavily-militarized-clampdown-to-hide-protest-massacres/>

Chatham House. (2026, January 23). Iran's internet shutdown signals a new stage of digital isolation. <https://www.chathamhouse.org/2026/01/irans-internet-shutdown-signals-new-stage-digital-isolation>

Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR). (2026, January 23). Human Rights Council adopts resolution extending mandates of Fact-Finding Mission and Special Rapporteur on Iran... <https://www.ohchr.org/en/media-advisories/2026/01/human-rights-council-adopts-resolution-extending-mandates-fact-finding>

Reuters. (2026, January 18). Ein iranischer Beamter gibt an, dass die Zahl der bestätigten Todesopfer bei den Protesten mindestens 5.000 erreicht hat. <https://www.reuters.com/business/media-telecom/iranian-official-says-verified-deaths-iran-protests-reaches-least-5000-2026-01-18/>

The Guardian. (2026, January 25). Iran president's son urges authorities to restore internet after protests blackout.

<https://www.theguardian.com/world/2026/jan/25/iran-presidents-son-urges-authorities-to-restore-internet-after-protest-blackout>

Weber, M. (1919). Politik als Beruf. München: Duncker & Humblot.

GUT ZU WISSEN

Wer war eigentlich Ibn Khaldun?



Ibn Khaldun auf einer tunesischen Briefmarke
(Bild: wikipedia.commons)

Ibn Khaldūn (1332–1406) war ein nordafrikanisch-andalusischer Gelehrter, Historiker, Jurist und Staatsmann, geboren in Tunis in eine gebildete Familie mit andalusischen Wurzeln. Er wirkte politisch und diplomatisch in wechselnden Machtzentren Nordafrikas (u. a. Tunis, Fez) sowie in Granada, bevor er nach Kairo ging, wo er als malikitischer Oberrichter tätig war. Seine praktische Erfahrung mit Hofpolitik, Machtkämpfen und dem Aufstieg und Fall von Dynastien prägte seine Theorie stark.

Sein Hauptwerk ist die „*Mugaddima*“ (Einleitung zur Universalgeschichte), in der er eine methodisch erstaunlich moderne Sozialwissenschaft entwirft: Er kritisiert

unzuverlässige Geschichtsschreibung und fordert, historische Berichte anhand von sozialen Gesetzmäßigkeiten zu prüfen („Was ist gesellschaftlich plausibel?“). Damit wird er oft als früher Pionier einer kritischen Historiographie und Gesellschaftstheorie gesehen.

Zentral ist sein Begriff *Asabiyya* (Gruppensolidarität/Kohäsion). Ibn Khaldūn argumentiert, dass politische Herrschaft vor allem dort entsteht, wo starke Bindung und Opferbereitschaft existieren – typischerweise bei Nomaden- oder Stammesgruppen. Wird eine Dynastie mächtig und sesshaft, schwächt Wohlstand die *Asabiyya*: Eliten werden komfortorientiert, Militär und Verwaltung werden „gekauft“ statt getragen, Legitimation erodiert – der Staat wird anfällig für neue Gruppen mit stärkerer Solidarität. Daraus entwickelt er ein zyklisches Modell von Staatsbildung, Blüte und Verfall (eine Art frühe Theorie sozialer Dynamik).

Ibn Khaldūns Einfluss auf die moderne Soziologie liegt in seiner Verbindung von Politik, Ökonomie, Religion, Kultur und sozialer Ordnung zu einer systematischen Erklärung gesellschaftlicher Prozesse. Viele sehen ihn als Vorläufer von Konfliktsoziologie, Staats- und Elitentheorie sowie Geschichtssoziologie – lange vor Comte, Durkheim oder Weber. Seine Stärke: Gesellschaft wird nicht moralisch bewertet, sondern strukturell erklärt.